

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Hans Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/941 –

Mit der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika Ernst machen und deutsches Engagement ausbauen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/1126 –

**Die Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika solidarisch gestalten –
Kein Freihandelsabkommen EU-Mercosur**

A. Problem

Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/941 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1126 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/941.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/1126.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/941 abzulehnen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/1126 abzulehnen.

Berlin, den 10. Mai 2006

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und
Berichtersteller

Anette Hübinger
Berichterstellerin

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Dr. Karl Addicks
Berichtersteller

Heike Hänsel
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel, Thilo Hoppe

I. Zum Beratungsverfahren

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/941** in seiner 25. Sitzung am 16. März 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 11. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/1126** in seiner 32. Sitzung am 6. April 2006 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 10. Mai 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, gerade heute, in einer Zeit politischer Umbrüche, müsse die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika mit Leben erfüllt werden. Die bis in die 80er Jahre dauernde Phase der Militärdiktaturen sei überwunden und die marktliberalen Maßnahmen des Washington Consensus hätten Schiffbruch erlitten. Heute rufe die Bevölkerung in vielen lateinamerikanischen Ländern nach Reformen und einer marktwirtschaftlich orientierten Politik mit klarer ökologischer und sozialer Komponente. Es sei an der Zeit, die Beziehungen Deutschlands und der EU mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik zu einer echten strategischen Partnerschaft auszubauen, zumal die Idee einer kontinental übergreifenden amerikanischen Freihandelszone in den meisten Ländern Lateinamerikas abgelehnt werde. Mit dem vorliegenden Antrag solle erreicht werden, dass das EU-Mercosur-Assoziationsabkommen er-

folgreich abgeschlossen werde, dabei auf die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards geachtet und ein verbesserter Marktzugang für Mercosur-Staaten bei landwirtschaftlichen Produkten gewährt werde. Wenn die EU weiterhin auf der Senkung des Außenschutzes und auf Zollsenkungen bestehe, werde ein Fortschritt kaum zu erzielen sein. In der Politik der Drogenbekämpfung halte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nichts vom „Plan Colombia“, der den Drogenanbau durch militärische und Umwelt zerstörende Mittel bekämpfe. Erforderlich sei es vielmehr, Existenzalternativen für die betroffene Bevölkerung zu fördern. Darüber hinaus sprach sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine strategische Energiepartnerschaft aus, der Atomvertrag zwischen Brasilien und Deutschland müsse durch einen Energievertrag über erneuerbare Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz abgelöst werden. Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. könne nicht zugestimmt werden, da der Handel zwischen EU und Mercosur notwendig sei und von den lateinamerikanischen Partnerstaaten gewünscht werde. Es komme vielmehr darauf an, wie das Freihandelsabkommen ausgestaltet werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, es sei eine Illusion zu glauben, das geplante EU-Mercosur-Abkommen könne sozial und ökologisch ausgestaltet werden. Dazu setze die EU viel zu sehr auf Privatisierung und Liberalisierung. Insbesondere für die Verbesserung der Lage der Armen und Landlosen bedürfe es einer besseren Politik. Die Selbstorganisation müsse gestärkt werden, die Ansätze zur regionalen Integration seien zu unterstützen und ein alternativer Weg müsse eingeschlagen werden.

Die **Fraktion der SPD** machte darauf aufmerksam, die Koalition arbeite an einem umfassenden Lateinamerikanantrag, in dem die Ergebnisse des EU-Lateinamerikagipfels Berücksichtigung finden sollten. In diesem Antrag sollten insbesondere auch die Haltung des Deutschen Bundestages zu den elf Wahlen, die in Lateinamerika in diesem Jahr stattfinden, dargelegt werden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte eine Reihe von Punkten, die auch die Zustimmung der SPD-Fraktion fänden, auch die Grundmelodie stimme. Wer aber vorschlage, die im Einzelplan vorgesehenen Mittel aufzustocken, müsse zur Kenntnis nehmen, dass dann an anderer Stelle Mittel fehlten. Über die Gewichtung der finanziellen Mittel, die für die Armutsbekämpfung sowie für den Ressourcen- und Umweltschutz bereitgestellt würden, müsse noch diskutiert werden. Die SPD-Fraktion lehne wie auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dominant-militärische Maßnahmen und Umwelt zerstörende Besprühungen ab, allerdings müsse jedem Staat zugestanden werden, rechtsfreie Gebiete unter seine Kontrolle zu bekommen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. spreche sich generell gegen den Handel aus und sei schon aus diesem Grund abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** teilte mit, auch sie werde einen umfassenden Lateinamerikanantrag vorlegen. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei abzulehnen, ob-

wohl er unterstützenswerte Elemente – zu nennen sei die Haltung zu Freihandelsabkommen oder zu Venezuela – enthalte. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. begeben sich mit neosozialistischen Rezepten auf einen gefährlichen Weg.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte darauf aufmerksam, dass in beiden vorliegenden Anträgen der Ansatz für eine solide strategische Partnerschaft nicht breit genug sei. Ein Aufstocken der Haushaltsmittel sei mit Sicherheit nicht die alleinige Lösung, insbesondere auch in Bezug auf die Armutsbekämpfung seien andere und zusätzliche Wege erforderlich. Es gelte aber auch, die Gefahr des Populismus abzuwehren. Die Vermittleraufgabe der Politischen Stiftungen vor Ort müsse deshalb gestärkt werden. In der Entwicklungszusammenarbeit müsse die Vorreiterrolle Deutschlands beim Schutz der natürlichen Grundlagen erhalten bleiben, insbesondere auch hinsichtlich der Bedeutung der erneuerbaren Energien. Die im Jahr 1999 beim ersten EU-Lateinamerikagipfel gefundenen neuen Ansätze seien konsequent weiter auszubauen, insbesondere in Richtung des Assoziationsabkommens zwischen EU und Mercosur. Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde gefordert, darauf zu verzichten, Lateinamerika scheinparlamentarische Strukturen überzustülpen und die Länder der Karibik und Lateinamerikas zu bevormunden. Darüber hinaus solle darauf verzichtet werden, anderen die eigenen Vorstellungen von einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzudrängen. Wenn einem Teil der Bevölkerung der Welt Erfahrungen der Demokratie oder des Rechtsstaats vorenthalten werden sollten, reiche allein dies als Grund zur Ablehnung aus. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei, wie die Fraktion der SPD bereits dargelegt habe, nicht umfassend genug.

Berlin, den 10. Mai 2006

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Thilo Hoppe
Berichterstatter

